



10. September 2018

[Es gilt das gesprochene Wort]

Föderalismus-Brunch "10 Jahre Haus der Kantone"

Medienfrühstück am Montag, 10. September 2018, 10.00-11.30 Uhr

"Sicherheitsverbund Schweiz"

Sprechnotiz – Staatsrat Norman Gobbi, Präsident RK MZF

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Föderalismus ist auch für die Sicherheitspolitik von grösster Bedeutung. Wesentliche Instrumente der Sicherheitspolitik gehören den Kantonen und Gemeinden. So zum Beispiel die Polizei, der Zivilschutz und die Feuerwehr.

Die verschiedenen Zuständigkeiten und Kompetenzen der sicherheitspolitischen Instrumente unseres Landes machen eine dauernde Konsultation und Koordination zwischen den verschiedenen Staatsebenen, Fachressorts und Dritten notwendig.

Das Haus der Kantone eignet sich hervorragend als Hub, als Plattform für solche Absprachen. Hier sind die KKJPD – die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren – sowie die RK MZF – die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr – angesiedelt. Darüber hinaus befindet sich das Generalsekretariat der KKKPKS, der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz, im Hause.

Sie alle führen Absprachen mit den entsprechenden Behörden von Bund, Kantonen und Dritten. Diese Absprachen sind aufwendig. Sie führen aber zu breit abgestützten Entscheidungen.

Alle sicherheitspolitischen Instrumente des Bundes, der Kantone und der Gemeinden bilden den Sicherheitsverbund Schweiz. Der Sicherheitsverbund Schweiz im engeren Sinne ist der SVS. Bund und Kantone haben sich 2010 darauf geeinigt, sicherheitspolitische Fragen gemeinsam zu vertiefen. Dazu wurde ein Delegierter des Bundesrates bestimmt. Zudem wurden zwei ständige Organe geschaffen: die Politische Plattform SVS und die Operative Plattform SVS. Sie behandeln und koordinieren Themen im Bereich der Sicherheitspolitik, die Bund und Kantone gemeinsam betreffen.

Der Fokus liegt bei der inneren Sicherheit. Dort besteht ein grösserer Koordinationsbedarf als in der äusseren Sicherheit, für welche die Zuständigkeit beim Bund liegt. Die Organe des SVS haben primär eine Rolle vor und nach einer Krise, insbesondere auf strategischer Ebene. Bund und Kantone sind im SVS paritätisch vertreten:

In der Politischen Plattform SVS nehmen die Vorsteherinnen und Vorsteher von EJPD und VBS sowie die Präsidentinnen und Präsidenten der KKJPD und der RK MZF Einsitz. Die Politische Plattform berät Anträge und fasst Beschlüsse. Die Politische Plattform hat zwar keine Entscheidungskompetenz, sie kann aber Empfehlungen zuhanden der politischen Entscheidungsgremien von Bund und Kantonen abgeben.



Die Operative Plattform SVS setzt sich aus je sechs Vertreterinnen und Vertretern von Bund und Kantonen zusammen. Sie bearbeitet ihre Agenda nach den Vorgaben der Politischen Plattform. Die Operative Plattform berät und koordiniert Themen und sucht den Konsens zwischen Bund und Kantonen. Zudem bereitet sie Anträge und Geschäfte für die Politische Plattform vor. Ihre Mitglieder sind beispielsweise die Direktorinnen und Direktoren der fedpol, des NDB, des BABS sowie der Chef des Armeestabes oder die Generalsekretäre der KKJPD und der RK MZF sowie weitere Vertreter aus den Kantonen.

Die politische Plattform tritt regulär viermal pro Jahr zusammen, die operative Plattform rund doppelt so oft. Das Haus der Kantone dient regelmässig als Standort für die gemeinsamen Sitzungen.

Erfolge konnten in folgenden Themenbereichen erzielt werden:

Im Zusammenhang mit dem Sicherheitspolitischen Bericht 2016 wurde der Begriff Verteidigung durch eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des SVS erweitert.

Zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus wurde ein Nationaler Aktionsplan erarbeitet.

Auf der Grundlage des SVS konnten von Bund und Kantonen die Grundsatzentscheide über ein zukünftiges Sicheres Datenverbundnetz (SDVN) getroffen werden.

Im Rahmen des SVS konnten Bund und Kantone die Rolle der Militärpolizei in der inneren Sicherheit neu definieren.

Im Rahmen des SVS wurden die Kantone in die Umsetzung der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz gegen Cyberrisiken (NCS I) einbezogen. Dies anhand von vier Projekten: zur Risikoanalyse, zu Checklisten für das Incident-Management, zur Bewältigung von Cyber-Krisen inklusive der Durchführung einer Übung sowie zum Katalog der Phänomene im Bereich der Cyber Kriminalität.

Ein wichtiges Thema im Sicherheitsverbund stellen die grossangelegten sogenannten Sicherheitsverbundsübungen dar. Denn um den Sicherheitsverbund weiter zu optimieren und das Krisenmanagement in der Schweiz zu verbessern, muss das Zusammenspiel aller sicherheitspolitischen Instrumente von Bund und Kantonen trainiert werden. Dies erfolgt aufgrund aktueller und komplexer Szenarien. Die erste solche Sicherheitsverbundsübung zwischen Bund und Kantonen fand 2014 zu den Themen Pandemie und Strommangellage statt. Die nächste Übung wird 2019 zu einem Terrorismus-Szenario durchgeführt. Dabei soll die Zusammenarbeit zwischen den Führungsorganen des Bundes und der Kantone, unter Mitwirkung ziviler Partner und der Armee, getestet und allfällige Schwachstellen eruiert werden.